

»Am Sonntag gibt es eine Einigung«



INTERVIEW: Beate Müller-Gemmeke (Grüne) und Pascal Kober (FDP) über die Verhandlungen zum Paket um Hartz IV um das Thema Hartz IV. FOTO: TRINKHAUS

REUTLINGEN. Beide sitzen im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Beate Müller-Gemmeke (Grüne) und Pascal Kober (FDP) arbeiten also mit daran, das Hartz-IV-Paket neu zu schnüren, nachdem das Bundesverfassungsgericht vor mehr als einem Jahr gefordert hat, den Regelsatz neu zu berechnen. Warum bei diesem Thema immer noch kein Kompromiss gefunden wurde, darüber unterhielt sich Oliver Jirosch mit den beiden Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises Reutlingen.

GEA: Die Tatsache, dass beim Regelsatz immer noch kein Kompromiss zwischen Regierung und Opposition gefunden wurde, ist ...

Beate Müller-Gemmeke: ... schlimm für die Erwerbslosen, weil sie so einen niederen Stellenwert bei dieser Regierung besitzen. Die Berechnung des Regelsatzes durch die Regierung ist unserer Ansicht nach nicht verfassungskonform.

Pascal Kober: ... dass es noch immer keinen Kompromiss gibt, ist bedauerlich. Es ist aber zum einen dem Gesetzgebungsverfahren geschuldet, der Tatsache, dass die Ergebnisse der Ermittlung der Verbrauchsstichprobe zur Berechnung der Regelsätze erst im September vorlagen. Nun kommt dazu, dass die Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition leider gescheitert sind.

Aber warum, Herr Kober, tut sich die FDP so schwer, den Regelsatz um mehr als die fünf Euro zu erhöhen, um die im Moment gestritten wird? Als es um die Bankenrettung ging, war auch sehr schnell sehr viel Geld verfügbar.

Kober: Willkürliche Erhöhungen lehnen wir ab. Sie müssen politisch begründet und verfassungskonform sein. Vergleichbar mit den Banken ist das insofern nicht, als man in diesem Fall keine Abstimmung mit der Opposition brauchte.

Müller-Gemmeke: Aber schon während des Verfahrens gab es eine Reihe von Experten, die

gesagt haben, dass der neu berechnete Regelsatz nicht konform ist mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes. Deswegen hätte es der Regierung klar sein müssen, dass die Opposition nicht zustimmen wird, trotzdem wurde der Regelsatz nicht überarbeitet.

Frau Müller-Gemmeke, wie soll ihrer Meinung nach ein Regelsatz finanziert werden, der höher ist als diese fünf Euro, damit auch eine gewisse Nachhaltigkeit gewährleistet ist?

Müller-Gemmeke: Wir sagen nicht, der Regelsatz muss um x Euro erhöht werden. Das Verfassungsgericht gibt gewisse Vorgaben, die unserer Meinung nach nicht erfüllt sind. Die Referenzgruppe für die Berechnung des Regelsatzes sollen die untersten 20 Prozent der Gesellschaft sein, die Bundesregierung hat für die Berechnung nur die untersten 15 Prozent herangezogen und hat außerdem nicht wie vom Gericht gefordert, »Aufstocker« und verdeckt Arme herausgerechnet. Der Vorschlag der Regierung ist also nicht verfassungskonform, wir können ihm auch deshalb nicht zustimmen.

Kober: Das Verfassungsgericht schreibt diese 20 Prozent nicht vor. Unsere Referenzgruppe verfügt über ein Durchschnittseinkommen von 843 Euro, die der rot-grünen Regierung aus dem Jahr 2003 nur über 775 Euro. Durch unsere Referenzgruppe wird der Regelsatz also nicht negativ beeinflusst. Der Regelsatz ist trotzdem nur um fünf Euro gestiegen, weil Schwarz-Gelb ganz bewusst solche Dinge wie Alkohol oder Tabak rausgenommen hat. Das gehört nämlich nach unserer Auffassung nicht zum Existenzminimum, das die Gesellschaft finanzieren muss. *Herr Kober, inwiefern tragen die Grünen Verantwortung dafür, dass es bisher keine Einigung gibt?*

Kober: Zunächst muss man sagen, dass die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen von Sachlichkeit und Kollegialität geprägt waren. Unserer Überzeugung nach sind es jedoch die rot-grünen Vorschläge, die nicht verfassungskonform sind. Sie beharren zum Beispiel bei der Referenzgruppe auf die 20 Prozent. Um uns entgegenzukommen, sagen sie gleichzeitig, der Regelsatz bleibt bei 364 Euro. Um das zu erreichen, senken sie die Mobilitätskosten willkürlich auf sechs Euro. Warum nicht auf fünf, warum nicht auf sieben? Das BVG verlangt, dass alle Zahlen begründet und nachvollziehbar sein müssen. Das ist der rot-grüne Vorschlag aber nicht. Er ist also nicht gerichtsfest und kann eine Klageflut nach sich ziehen.

Müller-Gemmeke: Unser Vorschlag war Mobilität auf Antragsbasis, aber die FDP will doch nicht über den Regelsatz reden, sie zeigt sich da nicht kompromissbereit. Das ist aber der zentrale Punkt. Wenn man da nicht verhandlungsbereit ist, muss man sich nicht wundern, wenn es nicht zu einer Einigung kommt.

Kober: Wir sind auch bereit, über den Regelsatz zu reden. Aber bis jetzt ist noch kein ernst zu nehmender, verfassungsfester Kompromissvorschlag von der Opposition gekommen.

Müller-Gemmeke: Unser Vorschlag, »Aufstocker« und verdeckt Arme aus den Berechnungen herauszunehmen, um zu einem höheren Regelsatz zu kommen, ist durchaus verfassungskonform.

Was hat denn für Sie in diesem ganzen Hartz-Paket oberste Priorität?

Kober: Das Bildungspaket für Kinder.

Müller-Gemmeke: Ein Regelsatz, der vor dem Verfassungsgericht Bestand hat. *Wo liegen denn Ihrer Meinung nach die größten Differenzen, die einer Einigung im Weg stehen?*

Kober: Viel wichtiger ist es doch festzustellen, dass es auch breiten Konsens gibt. In den wesentlichen Punkten wie Nahrungsmittel und Kleidung gab es doch keinen Dissens mit der Opposition. Auch beim Regelsatz sind wir uns doch einig, dass er in einem bestimmten Korridor liegen soll. So grob bei 370 Euro.

Müller-Gemmeke: Konsens mit uns Grünen? Das stimmt einfach nicht. Für uns gehört es sehr wohl dazu, dass ein Kind Erwerbsloser sich auch mal ein Eis in der Eisdiele kaufen kann.

Und deshalb sind wir bei unseren Berechnungen eher bei 400 als bei 370 Euro.

Kober: Das ist vielleicht die Meinung der Grünen, das wurde aber in den Verhandlungen nie konkret gefordert.

Was halten Sie davon, dass einzelne Kommunen den um fünf Euro erhöhten Regelsatz ohne rechtliche Grundlage bereits ausbezahlen?

Müller-Gemmeke: Wir sind auch dafür, diese fünf Euro schon auszuzahlen. Das ist Konsens, es will ja keiner weniger.

Kober: Da herrscht zwischen uns große Einigkeit. Die FDP fordert explizit, dass ausbezahlt wird.

Es gibt wohl noch mehr Gemeinsamkeiten: Sowohl FDP wie auch Grüne sind Verlierer bei diesen Verhandlungen. Für neue Fortschritte auf diesem Gebiet sorgen die Herren Beck (SPD), Böhmer (CDU) und Seehofer (CSU). Das klingt nach Großer Koalition. Ihre Parteien sind da allerdings außen vor.

Kober: Oh, dieser Eindruck täuscht. Ohne Zustimmung im Bundestag und Bundesrat läuft nichts, also läuft auch nichts ohne die FDP. Da ist keine Gefahr im Verzug. Da werden mit Blick auf Landtagswahlen bestimmte Personen in den Vordergrund gerückt.

Müller-Gemmeke: Das seh ich genau so. Da dürfen jetzt drei Großkopferte im Schein der Presse stehen. Aber die Grünen sitzen in Bundestag und Bundesrat, also geht ohne uns auch nichts.

Wie geht das alles aus?

Kober: Ich glaube, es wird sehr schnell zu einem Ergebnis kommen, wahrscheinlich schon am Sonntag. Die Opposition hat ganz aktuell einen Vorschlag gemacht, den Regelsatz statt um fünf um acht Euro zu erhöhen. Wenn sich herausstellt, dass die Berechnungen verfassungskonform sind, mittels derer man auf diese acht Euro kommt, dann wird es zu einem Kompromiss kommen.

Müller-Gemmeke: Ich glaube auch, dass es relativ schnell zur Einigung kommt. Ich bin mir aber nicht sicher, ob wir Grünen damit werden leben können. (GEA)